

*Alle kolumbianischen und internationalen Medien (z.B. Deutschlandfunk) berichten über den Fortschritt bei den Verhandlungen zwischen Regierung und FARC.
Das Wochenmagazin SEMANA berichtet online:*

Ein entscheidender Schritt zum Erfolg der Verhandlungen

Erstmals seit einem halben Jahrhundert haben Regierung und FARC eine gemeinsame Basis dafür gefunden, dass die Guerrilla ausreichende Garantien im Fall ihrer Entwaffnung erhält und in die Politik einsteigen kann: Dies ist die entscheidende Bedeutung der Vereinbarung, die beide Seiten am Mittwoch bekanntgaben.

Der Text der Vereinbarung ist allgemein gehalten, enthält wenig Einzelheiten (diese wurden für die nächsten Tage angekündigt), wirft grundsätzliche Fragen auf hinsichtlich dessen, was man zu einigen Punkten konkret vereinbart und zu anderen wichtigen Punkten vertagt hat. Aber der Text enthält zwei entscheidende Elemente für den Erfolg der Verhandlungen: Die FARC akzeptiert, die Waffen niederzulegen und sich in eine politische Bewegung zu verwandeln, und die Regierung räumt die Notwendigkeit ein, zu einer "neuen demokratischen Öffnung" zu gelangen und dadurch politische Aktivitäten der FARC mit Garantien abzusichern, deren Fehlen das Agieren einer Opposition bisher in Kolumbien zu einer der gefährlichsten Tätigkeiten in der Welt werden ließ.

War das Thema des Landbesitzes und der Landwirtschaft, über das im Mai als erstes Einigkeit erzielt wurde, sehr wichtig, weil es historischer Auslöser des Entstehens der FARC und des Konflikts war, so besitzt das Thema der politischen Betätigung strategische Bedeutung. Eine Rebellenbewegung wie die FARC lässt sich nicht entwaffnen, um in die Politik zu wechseln, wenn die Bedingungen dafür nicht klar sind. Dass beide Seiten sich darüber einigen konnten, ist deshalb ein entscheidender Schritt für den Erfolg des Prozesses und bringt die Möglichkeit näher, zu einem Ende des bewaffneten Konflikts zu gelangen, wie beide Seiten dies als Ziel erklärt haben.

Was am Mittwoch in Havanna bekanntgegeben wurde, verschafft dem Prozess wieder den Aufwind, der laut gefordert wurde, nachdem mehr als vier Monate über diesen Punkt verhandelt wurde.

Es verschafft Präsident Santos kurz vor der Entscheidung, ob er zur Wiederwahl antreten wird, den Treibstoff, um seine Glaubwürdigkeit in dem Prozess zu unterstreichen angesichts einer skeptischen Öffentlichkeit und des Unwillens, der FARC Konzessionen zu machen. Und schließlich ist es ein Appetizer für die Garantien, zu denen der Staat bereit ist, um der Guerrilla das Umfeld zu verschaffen, dass sie die Waffen niederlegen und sich der legalen Politik ohne Gewalt widmen kann. Es überlässt es nun Márquez, Catatumbo und ihren Kollegen, zu den Gesten zu finden, die das Land als Gegenleistungen erwartet, so in der Frage der Behandlung der Opfer und anderen Themen, ohne die eine große Mehrheit der Kolumbianer nur schwerlich akzeptieren würde, dass der FARC Konzessionen gemacht werden.

Die Vereinbarung hält sich außerdem an die schmale Linie zwischen den Garantien gegenüber der Guerrilla und der Vorsicht mit Rücksicht auf die Reserven in der öffentlichen Meinung.

Einerseits stellt die Vereinbarung klar, dass die FARC Sicherheitsgarantien erhält, dass besondere Bedingungen geschaffen werden, die es ihr erlaubt, in ihren Einflusszonen ihre Repräsentanten für die Kammer wählen zu lassen (nämlich den "vom Konflikt am meisten beeinträchtigten"), dass die Garantien für die Stärkung der Bürgerbeteiligung gegeben

werden..... oder dass die FARC Zugang zu den etablierten oder regionalen Medien erhalten wird. Diese und andere Punkte zeigen deutlich die Anerkennung der Positionen der FARC, die diese bei der Verhandlung des Punktes Partizipation hervorgehoben hat, was ihr Sprecher Márquez gestern nach der Bekanntgabe des Ergebnisses unterstrich.

Aber andererseits ist die Bekanntmachung sehr vorsichtig gehalten bei den für die städtische öffentliche Meinung und das politische Establishment sehr sensiblen Punkten. Es ist keine Rede von Parlamentssitzen für die FARC, noch davon, wie diese genau in die Politik einsteigen soll. (All dies wurde vertagt auf einen später zu behandelnden Punkt der Agenda). Weder wurde ein Statut für die Opposition vereinbart noch eine Änderung des Wahlrechts, sondern dass man diese Fragen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Fachleuten und den Parteien diskutieren wolle. Mit anderen Worten: Ausschlaggebende Kennzeichen der "demokratischen Öffnung" werden von der Gesellschaft entschieden und nicht am Verhandlungstisch in Havanna. Und es blieb das vielleicht den meisten Widerspruch auslösende Thema offen: Welche Mitglieder der FARC werden sich politisch betätigen können und welche aus juristischen Gründen nicht. Und es ist sehr klar, dass alle vereinbarten Maßnahmen erst dann umgesetzt werden, nachdem die Guerrilleros die Waffen niedergelegt haben und sich auf den Weg ins legale Leben begeben werden.

Ist all das ein ausreichend deutliches Anzeichen dafür, dass nicht nur die Regierung, sondern auch die Guerrilleros es sich zu eigen machen, dass die Komplexität und die Unübersichtlichkeit des Moments, in dem das Land sich befindet, in den Verhandlungen in Betracht gezogen werden müssen? Vielleicht. Fakt ist, dass sie es erreicht haben, zu einer Vereinbarung zu einem Thema zu gelangen, das essentiell ist für den Verhandlungserfolg.

Nachdem das erreicht wurde, gewinnt der Prozess einen Impuls, der nicht leicht zurückgedreht werden kann. Deswegen hat Präsident Santos, der noch vor wenigen Wochen seine Parteimitglieder fragte, ob eine Pause oder gar ein Abbruch der Verhandlungen folgen sollte, jetzt diese beiden Möglichkeiten als "unverantwortlich" ausgeschlossen und rief dazu auf, mit vollem Tempo die Verhandlungen fortzusetzen, in denen ab dem 18. November über den Drogenhandel und illegale Drogen gesprochen werden soll.